

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druck und Verlag von Langer & Winterlich, Riesa. — Für die Redaktion verantwortlich: Arthur Döbel, Riesa.

Sonderausgabe am Sonntag, den 6. Oktober 1918, mittags 12 Uhr.

Die Rede des neuen Reichskanzlers im Reichstag.

Ein Friedensangebot an Wilson. Ein Erlaß des Kaisers.

In der gestern nachmittags 5 Uhr abgehaltenen Reichstagsitzung hielt

Reichskanzler Prinz Max von Baden

folgende Rede:

Gemäß dem kaiserlichen Erlaß vom 30. September hat das Deutsche Reich eine grundlegende Umgestaltung seiner politischen Leitung erfahren. Als Nachfolger des um sein Vaterland aufs höchste verdienten Grafen v. Hertling bin ich von S. M. dem Kaiser an die Spitze der neuen Regierung berufen worden. Es entspricht dem Willen der nunmehr bei uns eingeführten Regierungsmehrheit, daß ich dem Reichstage unverzüglich vor der Öffentlichkeit die Grundzüge darlege, nach denen ich das verantwortliche schwere Amt mitzuführen gedenke. Diese Grundzüge sind, bevor ich mich zur Uebernahme der Kanzlerschaft entschloß, im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen und mit den Amtsführern der Reichswehrparteien dieses hohen Hauses festgelegt worden. Sie enthalten nicht nur mein eigenes politisches Glaubensbekenntnis, sondern auch das des weit überwiegenden Teiles der deutschen Volksvertretung, also der deutschen Nation, die den Reichstag auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nach ihrem Bismarck zusammengeleitet hat.

Rur die Tatsache, daß ich die Ueberzeugung und den Willen der Mehrheit des Volkes hinter mir weiß, hat mir die Kraft gegeben, in der schweren und ersten Zeit, die wir miteinander erleben, die Leitung der Reichsgeschäfte auf mich zu nehmen. Die Schultern eines einzelnen wären zu schwach, um allein die unabweisbare Verantwortung tragen zu können, die der Regierung in der Gegenwart zufällt. Nur wenn das Volk an der Bestimmung seiner Geschicke in weitestem Umfange tätigen Anteil nimmt, die Verantwortlichkeit sich also mit auf die Mehrheit seiner frei erwählten politischen Führer erstreckt, kann der leitende Staatsmann seinen Anteil an ihr im Dienste des Volkes und Vaterlandes mit Zuversicht übernehmen. Der Entschluß, dies zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert worden, daß in der neuen Regierung auch

maßgebende Vertrauensmänner der Arbeiterchaft zu den höchsten Ämtern im Reich gelangt sind. Ich lege darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Massen des Volkes getragen ist, ohne dessen überausgehobene Befolgung ihr ganzes Handeln von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre. Was ich heute hier ausspreche, sage ich also nicht nur in meinem Namen und in dem meiner amtlichen Mitarbeiter, sondern auch im Namen des deutschen Volkes.

Das Programm der Reichsregierung. Auf die ich mich hier, enthält zunächst ein Bekenntnis zu der Antwort der früheren Reichsregierung auf die Note des Papstes vom 1. August 1917 und die bedingungslose Zustimmung zu der Entschliessung des Reichstages vom 19. Juli desselben Jahres. Es befindet ferner die Bereitwilligkeit, sich einem allgemeinen Bunde der Völker auf Grund der Gleichberechtigung aller, also der Starken und Schwachen, anzuschließen.

Die Lösung der vielumstrittenen belgischen Frage steht es in der

völligen Wiederherstellung Belgiens. insbesondere seiner Unabhängigkeit und seines Gebietsumfanges. Auch eine Verständigung über die Entschliessungsfrage soll angestrebt werden.

Die bisher geschlossenen Friedensverträge will das Programm zu keinem Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß werden lassen. Es regt insbesondere an, daß sich in den holländischen, in Italien und Polen, alsbald auf fester Grundlage Volksvertretungen bilden. Das Zustandekommen der dazu nötigen Voraussetzungen wollen wir ohne Verzug durch die Einführung von Hilfsverwaltungen fördern. Ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarländern sollen jene Gebiete selbständig regeln. In der inneren Politik habe ich durch die Methode, in der sich die Regierungsabteilung vollzog, klare und feste Stellung genommen. Auf meinen Vorschlag sind die Führer der Reichsregierung zu meinen unmittelbaren Ratgebern berufen. Meine Herren, ich war der Ueberzeugung, daß die Einheitlichkeit der Reichsleitung nicht nur gewährleistet werden sollte durch die bloße schematische Parteizugehörigkeit der einzelnen Regierungsmitglieder, sondern ich hielt für fast noch wichtiger die Einheitlichkeit der Gesinnung. Von diesem Gesichtspunkt aus bin ich gegangen auch bei der Wahl meiner Mitarbeiter, die nicht dem Parlament angehören. Ich habe das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung auf dem Standpunkt des Rechtsfriedens stehen, unabhängig von der Kriegslage, daß sie sich zu diesem Standpunkt auch offen bekennen haben in einem Zeitpunkt, da wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen. Meine Herren, ich bin überzeugt, daß die Art, in der jetzt die Reichsleitung unter Mitwirkung des Reichstages gebildet worden ist, nicht etwas Vorübergehendes darstellt, und daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht fügt auf den Reichstag und die nicht aus ihm führenden Männer entnimmt. Der Krieg hat uns über das alle, vielfach zersplitterte Parteileben hinausgeführt, das es so sehr erschwerte, einen einheitlichen, entschlossenen, politischen Willen zur Durchführung zu bringen. Wehrerbildung heißt politische Willensbildung, und ein unbeschränktes Ergebnis des Krieges ist, daß in Deutschland zum ersten Male große Parteien sich zu einem festen einheitlichen Programm zusammengeschlossen haben und damit in die Lage gekommen sind, das Schicksal des Volkes von sich aus mitzubestimmen. Dieser Gedanke wird niemals erlöschen, diese Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden. (Beifall.) Damit vertraue ich, daß, solange Deutschlands Geschicke von Gefahren umrandet sind, auch die außerhalb der Reichsleitung stehenden Volksteile und deren Vertreter, die nicht der Reichsleitung angehören, alles Trennende zurückstellen und dem Vaterlande geben, was ihm heute gebührt.

Diese Entwicklung macht eine Aenderung unserer verfassungsmäßigen Vorschriften im Sinne des kaiserlichen Erlasses vom 30. September erforderlich, die es ermöglicht, daß diejenigen Mitglieder des Reichstages, die in die Reichsleitung eintreten, ihren

Sitz im Reichstag behalten. Eine entsprechende Vorlage ist dem Bundesrat zugegangen und wird Ihrer Beschließung unverzüglich unterbreitet werden.

Meine Herren, bleiben mir eingebend die Worte, die der Kaiser am 4. August 1914 gesprochen hat und die ich im Dezember vorigen Jahres in Karlsruhe in die Worte fassen durfte: Wohl gibt es Parteien, aber es sind alle Deutsche.

Unter dem Zeichen dieses Kaiserwortes muß sich auch die politische Entwicklung in dem führenden deutschen Bundesstaate Preußen vollziehen und die Vorkämpfer des Willens von Preußen, die das demokratische Wahlrecht verprochen hat, reiflos erfüllt werden. (Beifall.) Die preussische Wahlrechtsfrage ist bei der überragenden Stellung Preußens eine deutsche Frage (Zustimmung), und ich weisse nicht, daß auch die Bundesstaaten, die in der Entwicklung ihrer verfassungsmäßigen Zustände noch zurückstehen, dem preussischen Beispiel entschlossen folgen werden. (Beifall.) Dabei halte ich unerlässlich fest an der föderativen Grundlage des Reichs als eines Bundesstaates, dessen einzelne Glieder ihr inneres Verfassungsleben in voller Selbständigkeit bestimmen; ein Recht, auf das auch

Einzel-Vorbringen vollen Anspruch hat. Die Selbständigkeit und Vielfaltigkeit des Lebens in den einzelnen Bundesstaaten, das enge und treue Verhältnis, das jeden Deutschen mit seiner Heimat und seinem Lande je verbindet, sind die Quellen, aus denen die unerschöpfliche Kraft, die Vaterlandsliebe und die Frömmigkeit des deutschen Volkes während des ganzen Krieges geflossen sind.

Durch die ganze Kriegszeit haben sich die Klagen hindurchgezogen über die Handhabung des Verwaltungsapparates. Sie haben trennend und veräbernd gewirkt und die fruchtbare Mitarbeit an den schweren Aufgaben der Kriegszeit gehemmt. Bis auf weiteres können, wie das Beispiel aller kriegsführenden Staaten lehrt, die außerordentlichen Maßnahmen nicht eintreten werden, die der Belagerungszustand verleiht, aber es muß ein enges Verhältnis zwischen den Militär- und den Zivilbehörden hergestellt werden, das es ermöglicht, daß in allen nicht rein militärischen Angelegenheiten und ebenso besonders auf dem Gebiete der Justiz, des Verkehrs- und Verwaltungsverwesens die Gesichtspunkte der zivilen Verwaltungsbehörden maßgebend zur Geltung kommen, daß die Entscheidung letzten Endes unter die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gestellt wird. (Beifall.) In diesem Zwecke wird ein Befehl des Kaisers an die Militärbehörden ergehen und die kaiserliche Verordnung vom 4. Dezember 1916 unverzüglich entsprechend ausgearbeitet werden.

Mit dem 30. September 1918, dem Tage des Erlasses, beginnt eine neue Epoche in Deutschlands Geschichte. (Beifall.) Die innere Politik, die damit in ihren Grundzügen bezeichnet ist, ist von entscheidender Bedeutung für die Frage über Krieg und Frieden. Die Staatskraft, die die Regierung in ihren Bestrebungen um den Frieden hat, hängt davon ab, daß hinter ihr ein einheitlicher und fester, unerschütterlicher Volkswille steht. Nur wenn die Feinde fühlen: Das deutsche Volk steht geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staatsmännern, nur dann können Worte zu Taten werden. (Beifall.)

Die deutsche Regierung wird bei den Friedensverhandlungen dahin wirken, daß in die Verträge Vorschriften über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung aufgenommen werden (Beifall), welche die vertragsschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer angemessenen Frist ein Mindestmaß gleichartiger oder gleichwertiger Einrichtungen zur Sicherung von Leben und Gesundheit sowie zur Verpflegung der Arbeiter bei Krankheit, Unfall und Invalidität zu treffen. Ich rechne bei der Vorbereitung auf den sachkundigen Rat der Arbeiterverbände sowohl wie der Unternehmer. So lange noch deutsche Volksgenossen in Gefangenschaft sind, werde ich mich um die warme Fürsorge für ihr Wohl mit allen Kräften bemühen. (Allseitiger Beifall.) Auch der in allerer Gefangenschaft lebenden Feinde werde ich mich in gerechter Weise fürsorgend annehmen. (Ereuzter Beifall.)

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß dieses Programm, von dem ich Ihnen nur die Grundzüge dargestellt habe, den Vergleich mit allen fremden Regierungsprogrammen ausbleibt. Noch näher auf Einzelheiten einzugehen, scheint mir heute nicht angebracht. Die Beratungen, die wir vor dem Zustandekommen der neuen Regierung geführt haben, sind zwar selbstverständlich viel mehr in die Tiefe gegangen, als ich in meiner knappen Zusammenfassung der wichtigsten Punkte heute hier wiedergeben vermag; ich glaube aber andererseits auch, daß dem hohen Hause jetzt gar nichts daran gelegen ist, meine Auffassung vieler Nebendinge kennen zu lernen. Das Entscheidende ist, wenn ich die Lage richtig erfasse, meine Ausruf über den allgemeinen Geist der neuen Regierung. Denn jeder, der diesen richtig versteht, kann ohne weiteres daraus folgern, wie die Reichsleitung sich zu den schwebenden Einzelfragen stellt. Ich bin ja auch selbstverständlich gern bereit, dem Reichstage darüber bei späteren Gelegenheiten noch genaueren Aufschluß zu geben. Von unmittelbarer Wichtigkeit sind jetzt die Folgerungen, die die neue Reichsleitung in der kurzen Zeitpausen ihres bisherigen Daseins praktisch aus der Lage, die sie vorand, und aus der Zusammenhang ihrer politischen Grundzüge auf diese Lage gezogen hat. Mehr als vier Jahre des blutigsten Ringens gegen eine Welt von ablenklich überlegenen Feinden liegen hinter uns, Jahre voll schwerster Kämpfe und schmerzlicher Opfer. Ein jeder von uns trägt seine Narben, nur allzuvielen sogar noch offene Wunden, sei es im verborgenen Grunde der Seele oder an seinem opferbereiten für die deutsche Freiheit auf dem Schlachtfelde preisgegebenen Körper. (Sehr wahr.) Trophäen aber sind wir starken Herzens und voll von unverwundlichem Glauben an unsere Kraft, entschlossen für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn es unabänderlich ist. (Stürmischer Beifall.) Mit tiefer, hehrer Dankbarkeit gedenken wir unserer tapferen Truppen, die unter glänzender Führung während des ganzen Krieges fast übermenschliches geleistet haben, und deren bisherige Taten sicher verbürgen, daß unser aller Schicksal auch fernhin in guten, zuverlässigen Händen bei ihnen liegt. (Lebhafter, allseitiger Beifall.)

Im Westen tobt seit Monaten eine einzig fürchterlich menschenmordende Schlacht. Dank dem unglaublichen Hel-

dentum unserer Armee, das als unverwundliches Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist die Front ungebrochen! Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft leben.

Gerade weil wir von dieser Bestimmung und Ueberzeugung besetzt sind, ist es aber auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das opfervolle blutige Ringen nicht einen einzigen Tag bis über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Ich habe deshalb auch nicht erst bis zum heutigen Tage gewartet, ehe ich handelnd

zur Förderung des Friedensgedankens eingriff. (Beifall.) Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich und auf die Zustimmung der gemeinsamen, mit uns handelnden Bundesgenossen, habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegsführenden Mächten in Verbindung zu treten. (Zustimmung.)

Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch in seiner New Yorker Rede vom 24. September ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. Ich habe diesen Schritt auf dem Wege zu der Erlösung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten Welt seit Jahren unter dem Kriege leidenden Menschheit auch deshalb getan, weil ich glaube, daß die auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson vertritt, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen im Einklang befinden, in denen sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die weitüberwiegende Mehrheit unseres Volkes bewegt. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Was mich selbst betrifft, so können meine früheren, vor einem anderen, höheren Kreise gehaltenen Reden bezeugen, daß ich in der Vorstellung, die ich von einem künftigen Frieden hege, keinen Wandel in mir vollzogen hat, seitdem ich mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragt worden bin. (Zustimmung.) Was ich will, ist

ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit und ich glaube daran, daß ein solcher Friede zugleich auch der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre. (Beifall links und im Zentrum.) Zwischen den nationalen und internationalen Pflichtgeboten sehe ich deshalb mit Bezug auf den Frieden keinerlei Unterschied. (Sehr richtig! links.) Das Entscheidende liegt hier ausschließlich darin, daß diese Gebote von allen Beteiligten mit derselben Ehrlichkeit als bindend anerkannt und beachtet werden, wie das von mir und den anderen Mitgliedern unserer neuen Regierung geschieht. (Beifall links.) So sehe ich mit der inneren Ruhe, die mir mein Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes verleiht, und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu diesem großen, treuen, jeder Hinsicht fähigen Volke und seine ruhmvolle Wehrmacht gründet, dem Ergebnis der Verhandlungen entgegen, die ich als leitender Staatsmann unternommen habe. Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge: Ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und einig finden wird, sowohl zu einem redlichen Frieden, der jede eigenständige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu dem Endkampfe auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert werden sollte. (Lebhafter Beifall.) Kein Jaagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses weite Ergebnis eintreten könnte, denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderlegliche Ueberzeugung, um gar nichts weiter als um unser Leben zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde. (Lebhafter Beifall.) Ich hoffe aber, um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot so aufnimmt, wie wir es meinen, dann wäre die Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Rechtes und der Versöhnung sowohl für uns wie für unsere Gegner geöffnet. (Lebhafter, stürmischer Beifall.)

Der Kaiser an Heer und Marine.

Berlin, 5. Oktober. (Amtlich.) Seine Majestät der Kaiser hat nachstehenden Erlaß an das deutsche Heer und die deutsche Marine gerichtet:

Zeit Monaten führt der Feind unter gewaltiger Kraftanstrengung fast ohne Kampfpause gegen Eure Linien an. In wochenlangem Ringen vielfach überlegenen Feinde die Stirn bieten. Darin liegt die Größe der Aufgabe, die Euch gestellt ist und die Ihr erfüllt. Truppen aller deutschen Stämme tun ihre Schuldigkeit und verteidigen auf fremdem Boden heldenhaft ihr Vaterland. Gert ist der Stand meiner Flotte, um sich den vereinten feindlichen Seestreitkräften zur Geltung zu bringen und in unermüdlicher Arbeit die Arme in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen. Mit Stolz und Bewunderung sind die Augen der Heimat auf die Taten des Ozeans und der Marine gerichtet. Ich sage Euch meinen und des Vaterlandes Dank.

Mitten in das schwerste Ringen fällt der Zusammenbruch der mazedonischen Front. Eure Front ist ungebrochen und wird es weiter bleiben. Ich habe mich im Einvernehmen mit unseren Verbündeten entschlossen, dem Feinde nochmals den Frieden anzubieten. Doch nur in einem ehrenvollen Frieden werden wir die Hand reichen. Das schuldig wir den Feinden, die ihr Leben für das Vaterland gelassen haben, das schulden wir unseren Kindern. Ob die Waffen ruhen werden, steht noch dahin. Bis dahin dürft Ihr nicht erlahmen. Wir müßen, wie bisher, alle Kraft daran setzen, dem unermüdlichen Ansturm des Feindes Stand zu halten. Die Stunde ist ernst. Aber wir fühlen uns im Vertrauen auf unsere Kraft und Gottes gnädige Hilfe stark genug, unsere geliebte Heimat zu verteidigen. 62. Wilhelm I. R.